https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/kaiserslautern/nato-kommando-in-ramstein-von-hackerangriff-betroffen-100.html
13.2.2023

Hacker greifen NATO an - Website des Kommandos in Ramstein betroffen

Die Internetseite der NATO-Kontrollbehörde Aircom auf der Air Base Ramstein ist seit dem Abend nicht erreichbar. Hintergrund ist ein Hackerangriff.

Nach dem Hackerangriff auf die Webseiten der NATO-Kontrollbehörde Aircom auf der Air Base Ramstein beruhigt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg: NATO-Operationen und kritische Netzwerke seien von dem Angriff am Sonntagabend nicht betroffen.

Hackerangriff auf Internetseiten der NATO

Auf SWR-Anfrage heißt es von Allied Air Commands (Aircom), die NATO-Cybersicherheitsexperten hätten auf den Angriff reagiert. "Die aktuellen Probleme auf unserer öffentlichen Internetseite www.ac.nato.int beeinträchtigen die Allied Air Commands aber nicht bei der Erfüllung ihrer Kernaufgaben", so Aircom.

Während einige betroffene Webseiten noch nicht erreichbar seien, funktioniere der Großteil der Netzwerke wieder einwandfrei, äußerte sich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Er unterstrich, die NATO sei täglich Cyberangriffen ausgesetzt. "Es ist wichtig zu begreifen, dass unsere als Verschlusssache eingestuften Netze, die wir für die Kommunikation zwischen NATO-Missionen und Operationen innerhalb der NATO-Kommandostruktur nutzen, nicht betroffen waren", so Stoltenberg.

Welche Auswirkungen die Cyberattacke hat, ist für Außenstehende schwer zu erfassen. Dass im Hintergrund etwas nicht stimmt, lässt ein Klick auf die Seite des Aircom aber erahnen: Statt der Website der NATO-Kontrollbehörde auf der Air Base Ramstein erschien am Montagmorgen der Hinweis "Error".

Die Kommandobehörde für Luftstreitkräfte der NATO hat ihren Hauptsitz auf der Air Base Ramstein. Sie berät das Verteidigungsbündnis bei Luftoperationen und in Weltraumfragen. Außerdem überwacht die NATO von Ramstein aus die Raketenabwehr des Bündnisses.

https://www.karlsruhe-insider.de/verbraucher/neuer-supermarkt-riese-will-sich-vergroessern-in-deutschland-127295 16.2.2023

Neuer Supermarkt-Riese will sich vergrößern in Deutschland

Eine Expansion in Krisenzeiten können sich wohl nur die wenigsten leisten. Doch genau das hat jetzt eine neue Supermarkt-Kette vor. Im Ausland besitzen sie bereits mehrere Filialen und die Kunden lieben ihr Angebot. Nun wollen sie sich auch in Deutschland vergrößern – und das mit einigen Neuerungen, die sie von anderen Discountern und Supermarktketten unterscheidet.

Von den USA nach Deutschland

Die Rede ist von Amazon Go, dem stationären Handel des Online-Riesen Amazon. In den Medien sprach der Chef von Amazon, Andy Jassy, von dem Ziel, noch im Jahr 2023 im stationären Bereich zu wachsen. Nachdem das Unternehmen in den vergangenen Monaten vorwiegend mit negativen Schlagzeilen für Aufsehen gesorgt hatte, scheint man nun zu versuchen, das Image wieder aufzupolieren. Es steht auch zur Debatte, sich in Deutschland zu vergrößern.

Just walk out"

Schon seit geraumer Zeit versucht Amazon im stationären Handel Fuß zu fassen. Bereits im Jahr 2018 gab es die ersten Amazon Go Shops. Mit dem sogenannten „Just walk out" System revolutionierten sie damals den täglichen Einkauf.

Anstatt an einer Kasse zu bezahlen, können Kunden mit der Amazon Go App ganz einfach ein- und auschecken. Deckenkameras und

Gewichtssensoren überprüfen, was der Kunde aus den Regalen nimmt. Sobald dieser den Laden dann wieder verlässt, bekommt er die entsprechende Rechnung per Mail geschickt. Sollte Amazon vorhaben, sich in Deutschland zu vergrößern, könnte dieses Prinzip bald auch hier zum Einsatz kommen. …..

https://www.n-tv.de/wirtschaft/Hamburg-verbannt-Verbrenner-Taxis-ab-2025-article23921375.html 16.2.2023

Signalwirkung für Deutschland? Hamburg verbannt Verbrenner-Taxis ab 2025

Beim Thema Verkehrswende in Deutschland gibt Hamburg den Ton an. Mit dem Projekt "Zukunftstaxi" sollen Tausende Tonnen CO2 eingespart werden. Taxis mit Verbrennermotor werden ab 2025 seltener auf den Straßen der Hansestadt zu sehen sein.

Als erstes Bundesland wird Hamburg ab 2025 keine Verbrenner-Taxis mehr neu zulassen. Gerade im Verkehrssektor müsse man beim Klimaschutz schnell vorankommen, sagte Verkehrssenator Anjes Tjarks von den Grünen. "Das Verbrenner-Aus für Hamburgs Taxis ist hierfür ein gutes Beispiel." Schon jetzt würden durch die Umstellung auf elektrisch und wasserstoffbetriebene Taxis jährlich 2000 Tonnen CO2 eingespart. "Elektrifizieren wir die gesamte Flotte in Hamburg, sind es 25.000 Tonnen im Jahr", sagte der Senator. "Wir hoffen, dass von dieser Entscheidung in Hamburg eine Signalwirkung ausgeht - für Deutschland und ganz Europa."……..

Laut Alexander Mönch, Chef von Free Now Germany & Austria, gibt Hamburg "beim Thema Verkehrswende in Deutschland einmal mehr den Ton an". Der entscheidende Hebel liege dabei im engen Schulterschluss aller Akteure der städtischen Mobilitätslandschaft. Knapp 80 Prozent der in Hamburg verfügbaren lokal emissionsfreien Taxis würden inzwischen von Free Now vermittelt. Von Unternehmer- und Fahrgastseite gebe es durchweg positives Feedback.

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/cdu-und-fdp-warnen-vor-oeko-plan-naechster-schritt-fahrverbot-fuer-verbrenner-82909824.bild.html 16.2.2023

Nächster Schritt: Fahrverbot für Verbrenner

Lobby-Gruppe will Benzin- und Diesel-Autos „verbannen"

Dieser Beschluss macht Millionen Autofahrern Angst: Am Dienstag entschied das EU-Parlament, dass ab 2035 keine fabrikneuen Pkw mit Verbrenner-Motoren mehr zugelassen werden dürfen. Mit Stimmen von Grünen, Linken und Sozialdemokraten wurde damit beschlossen: Mit Benzin und Diesel dürfen in Europa dann nur noch Gebrauchtwagen fahren.

Die große Frage: War das nur der erste Schritt? Oder will die Öko-Bewegung noch weitergehen und Verbrenner komplett von unseren Straßen verbannen?

Jetzt schlagen CDU und FDP Alarm und warnen vor einem Fahrverbot für Benziner und Diesel!

Gitta Connemann (58, CDU), Chefin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, ist sicher: „Das EU-Aus für Verbrenner war nur der erste Streich. Man kann darauf wetten: Das Fahrverbot für Verbrenner wird folgen."

Die Wirtschaftsexpertin warnt: „Die ideologische Frontlinie der grün-linken Autohasser verschiebt sich immer weiter: Erst werden die Grenzwerte hochgeschraubt, dann Motortypen verboten und dann könnte es auch noch Fahrverbote hageln."

Fakt ist: Eine Studie der Öko-Lobbyorganisation Greenpeace fordert bereits weitere Maßnahmen gegen Verbrenner.

Greenpeace: Verbrenner „von Europas Straßen verbannen"

In dem Papier („Zeit für eine klimaschonende Verkehrswende") heißt es, dass der „Verkauf neuer Diesel- und Benzinfahrzeuge (einschließlich

Hybridfahrzeugen)" bis „spätestens 2028 eingestellt werde" müsse. Die Greenpeace-Studie weiter: „Bis 2040 müssen alle Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor von Europas Straßen verbannt werden."

Mehr noch: „In dicht besiedelten Städten sollte ein vollständiger Ausstieg aus Diesel- und Benzinfahrzeugen bereits deutlich vor dem Jahr 2040 erfolgen." Das Ziel: „Gemessen am Stand von 2015 muss der Bestand von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen bis 2030 um 27 Prozent und bis 2040 um 47 Prozent reduziert werden."

► Die Öko-Lobbyisten wollen vorschreiben, was Menschen brauchen und was nicht. „Zwar werden Autos für bestimmte Zwecke auch in Zukunft weiterhin benötigt, es ist jedoch nicht notwendig, dass jeder Haushalt ein eigenes besitzt", heißt es in dem Papier. …..

https://www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/luftverkehr-chaostage-fuer-passagiere-kein-flugbetrieb-wegen-warnstreiks/28986152.html
16.2.2023

Chaostage für Passagiere: Kein Flugbetrieb wegen Warnstreiks

Der geplante Ausstand der Gewerkschaft Verdi an deutschen Flughäfen hat große Folgen für Fluggäste. Mehrere Airports, darunter Frankfurt und München, stellen den regulären Flugbetrieb für Freitag ein.

Auf Flugpassagiere in Deutschland kommen nach dem Chaos am Mittwoch bei der Lufthansa weitere Turbulenzen zu. Zwar herrschte auf dem größten deutschen Drehkreuz Frankfurt nach Betreiberangaben ein geregelter Betrieb. Leichte Verspätungen habe es nur wegen Nebels gegeben. Doch schon am Freitag will die Gewerkschaft Verdi sieben deutsche Flughäfen mit einem Warnstreik lahmlegen - mit Folgen für Hunderttausende Passagiere, wie der Flughafenverband ADV befürchtet. Er erwartet, dass weite Teile des innerdeutschen und internationalen Luftverkehrs nicht stattfinden. Die Flughäfen Frankfurt, München, Stuttgart und Hamburg kündigten an, am Freitag den regulären Passagierbetrieb einzustellen.

Über 295.000 Reisende betroffen

Der ADV warnte vor „massiven Behinderungen im Luftverkehr". Der Warnstreik werde im innerdeutschen und internationalen Flugverkehr zu gut 2340 Flugausfällen führen, teilte der Verband mit. „Über 295.000 Passagiere werden zum Spielball der Verdi-Streiktaktik", kritisierte der ADV und sprach von einer „beispiellosen Eskalation".

Der reguläre Passagierbetrieb werde am größten deutschen Flughafen Frankfurt am Freitag wegen des Warnstreiks nicht möglich sein, teilte die Betreibergesellschaft Fraport mit. Ausgenommen seien Notflüge. Allein in Frankfurt waren für Freitag 1005 Flugbewegungen geplant gewesen. Die Betreibergesellschaft sprach von 137.000 betroffenen Passagieren. Sie rief Fluggäste dazu auf, erst gar nicht zum Flughafen zu kommen und sich bei ihrer Airline zu informieren. „Fluggäste, die ihre Reise in Frankfurt beginnen möchten, können ihren Flug nicht erreichen." Auch Umsteigeverkehre seien betroffen.

Die Lufthansa muss alleine in Frankfurt und München am Freitag rund 1200 Flüge streichen, wie ein Sprecher sagte. Die Zahl mit Stand Mittwochabend werde sich noch erhöhen.

Die Internetauftritte verschiedener deutscher Flughäfen sind gestört. So vermutet der Flughafen Nürnberg, dass es sich um einen Hackerangriff handelt, bei dem die Seite so viele Anfragen bekommt, dass sie zusammenbricht. In Nordrhein-Westfalen waren Düsseldorf und Dortmund zeitweise betroffen. Die Fehlersuche lief dort noch. Die Website des Flughafens Erfurt-Weimar wurde abgeschaltet. Der Internetanbieter prüfe, ob es sich um einen Hackerangriff handele, so ein Sprecher. Auswirkungen auf den Luftverkehr insgesamt waren zunächst nicht bekannt.

…….

Der Warnstreik findet zum Auftakt der Münchner Sicherheitskonferenz statt, die als wichtigstes Politiker- und Expertentreffen zur Sicherheitspolitik weltweit gilt und von Freitag bis Sonntag dauert. Vom

Aussetzen des regulären Passagierbetriebs in München sind Flüge für die Münchner Sicherheitskonferenz aber ausgenommen, betonte der Airport München. Die Sicherheitskonferenz arbeitet daran, die Anreise der Teilnehmer gewährleisten zu können, hieß es am Mittwoch.

Das sind die Forderungen

Verdi und der Beamtenbund dbb fordern im Tarifstreit 10,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 500 Euro mehr für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen. Die Arbeitgeber haben die Forderungen zurückgewiesen. Die zweite Verhandlungsrunde ist für den 22. und 23. Februar in Potsdam geplant. ……..

https://www.wiwo.de/unternehmen/it/zweite-pleite-in-deutschland-glasfaser-direkt-beantragt-insolvenz/28983832.html 15.2.2023

Nach Hello Fiber hat jetzt auch die Glasfaser Direkt einen Insolvenzantrag gestellt. Hinter beiden Glasfaser-Ausbauern standen Kapitalversprechen von ausländischen Investoren, die diese aber zurückgenommen hatten.

Der britische Investor John Laing zieht sich aus dem Glasfaserausbau in Deutschland zurück. Deshalb hat der Kölner Breitbandausbauer Glasfaser Direkt die Insolvenz beantragt. …..

Unter der Ägide des Insolvenzverwalters Mark Boddenberg aus der Kölner Kanzlei Eckert sucht Glasfaser Direkt jetzt einen neuen Finanzier: „Wir haben den Freiraum geschaffen, unsere Ausbauprojekte mit einem anderen Investor weiterzuführen und wachsen zu lassen", sagte eine Sprecherin des Unternehmens und erklärte: „Wir führen den Geschäftsbetrieb fort." 60 fest angestellte Mitarbeiter bleiben an Bord. 17 Mitarbeiter in Probezeit werden allerdings nicht übernommen. …….

Glasfaser Direkt hat 25.000 Haushalte in der Eifel und im bayerischen Raum mit Glasfaser versorgt und baut aktuell in den bayerischen Gemeinden Ammerthal und Schnaittenbach ein Glasfasernetz. Das

Unternehmen vermarket ihr Netz zudem in 18 weiteren Orten, darunter Euskirchen und Grafenwöhr. ……

https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2023/niedergang-bio-laeden/
16.2.2023

Der Niedergang der Bio-Läden

Insolvenzen und Umsatzeinbruch im Bio-Lebensmittelhandel: Die Branche ruft nach Steuerbefreiung. Der Staat soll zudem herkömmliche Esswaren noch teurer machen.

BERLIN. Die Umsätze der Bio-Lebensmittelmärkte sind im vergangenen Jahr um mehr als zwölf Prozent eingebrochen. Die namhaften Ketten „Basic" und „Super-BioMarkt" befinden sich sogar in der Insolvenz. Um die massiven Verluste zu stoppen, fordert der Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) radikale Schritte von der Politik.

„Die Absenkung der Mehrwertsteuer auf null Prozent für Produkte mit dem Bio-Siegel ist eine erste Stellschraube, mit der die Bundesregierung zum einen mehr gesunden und nachhaltigen Konsum fördern und zum anderen Verbraucher finanziell entlasten kann", sagt BNN-Geschäftsführerin Kathrin Jäckel.

Bio-Läden fordern „Pestizidabgabe"

Außerdem will sie, daß die Politik eine „Pestizidabgabe" einführt. Diese soll herkömmliche Lebensmittel verteuern und so den Preisunterschied zur Bioware weiter verringern. Diese würde die Inflation weiter antreiben. Außerdem soll der Bund den Bioanteil in seinen Kantinen erhöhen: „Es ist höchste Zeit, daß genau die Unternehmen gefördert werden, die nachhaltig und umweltschonend Lebensmittel und Alltagsgüter produzieren und die Unternehmen stärker belastet werden, die durch ihre Produktion Umweltschäden auf Kosten der Allgemeinheit verursachen."

Insgesamt hat die Branche 2022 acht Prozent ihrer Kunden verloren, die verbliebenen kauften fünf Prozent weniger ein. Der Umsatz fiel von 4,4

Milliarden im Jahr 2020 über 4,2 (2021) auf nun 3,8 Milliarden Euro. Und das obwohl die Bio-Lebensmittel im Vergleich der Jahre immer teurer geworden sind.

Ende der Corona-Politik trifft Branche

Zu den Verlierern zählen vor allem die großen Ketten. Kleine Läden mit weniger als 100 Quadratmetern Fläche konnten ihre Kunden weitgehend halten. „Basic" und „Super-BioMarkt" haben ihre Insolvenz unter einem sogenannten „Schutzschirmverfahren" beantragt. Bei dieser Form kann das bisherige Management unter Aufsicht eines Sachwalters eine Restrukturierung umsetzen.

Der BNN macht für den Absturz den „russischen Angriffskrieg auf die Ukraine" und die daraus folgende „dramatisch gestiegene Inflation" verantwortlich. Zudem habe das Ende der Corona-Einschränkungen dazu geführt, daß die Deutschen wieder häufiger in Kantinen, Restaurants oder auf Urlaubsreisen essen. Aber dort hätten sie oft keine Möglichkeit, ökologisch erzeugte Lebensmittel zu bestellen. (fh)

https://www.nordkurier.de/uckermark/cdu-politiker-embargo-fuer-russisches-pipeline-oel-stoppen-1551385402.html 15.2.2023

CDU-Politiker fordert Embargo-Stopp für russisches Pipeline-Öl

Ein Festhalten des Bundes an dem freiwilligen Verzicht auf den Rohstoff gefährde den Raffinerie-Standort Schwedt, sagt CDU-Politiker Jens Koeppen.

Der politische Druck zur Sicherung des uckermärkischen Raffinerie-Standortes in Schwedt auf Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und das von Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) geführte Wirtschaftsministerium wächst. Am Mittwoch forderte der uckermärkische CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Koeppen, das nationale Embargo auf russisches Pipeline-Öl in Deutschland umgehend aufzuheben.

„Alle EU-Partnerländer haben sich gegen das Embargo gestellt. Selbst Polen, das wie Deutschland eine Protokollerklärung abgegeben hat, verzichtet jetzt im Interesse einer kostengünstigen Energieversorgung der eigenen Bevölkerung auf dieses Embargo", stellte der Politiker dazu fest. Durch das Festhalten der Bundesregierung an der Protokollerklärung – für die es noch nicht einmal eine gesetzliche Grundlage gebe – werde der ostdeutsche Raffinerie-Standort in der Uckermark aufs Spiel gesetzt. „Das nationale Embargo, gemeinsam mit der Übernahme der Treuhandschaft über die Mehrheit der Anteile an der Raffinerie, ist geeignet, den Standort Schwedt zu gefährden und eine Marktbereinigung einzuleiten", kritisierte er in ungewöhnlich scharfer Form die Politik der Bundesregierung.

Indiz dafür sei auch, dass sich die Bundesregierung konsequent weigere, eine zweite Versorgungspipeline von Rostock nach Schwedt zu bauen. Das mache misstrauisch, so Jens Koeppen.

Bekanntlich wird die PCK Raffinerie GmbH Schwedt derzeit unter anderem über eine Leitung aus den 1960er Jahren mit Erdöl aus anderen Ländern versorgt.

Der Querschnitt dieser Trasse ist allerdings zu klein dimensioniert, um die Raffinerie so zu versorgen, dass sie zu 100 Prozent ausgelastet ist. Noch im Januar hatte der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen) informiert, dass die Versorgungsleitung aus Rostock voll ausgelastet ist.

„Die Bundesregierung redet von Transformation und versagt aber den Bau der dafür nötigen Infrastruktur", sagte der CDU-Politiker vor dem Hintergrund, dass die zweite Leitung so gebaut werden könnte, dass sie nach dem Ausstieg aus dem Öl auch als Transportleitung für andere Energieträger genutzt werden könnte. Nicht zuletzt werde durch den rein nationalen Verzicht auf Pipeline-Öl aus Russland die bisherige Infrastruktur quasi „unbrauchbar" gemacht.